

Infodienst Schuldnerberatung Newsletter 7/2019

Liebe Leserinnen und Leser,

Auf zu neuen Wegen! Am 26.06.2019 wurde die EU-Restrukturierungsrichtlinie im Amtsblatt veröffentlicht und tritt am 16. Juli 2019 in Kraft. Ab dann beginnt die 2-jährige Umsetzungsphase in nationales Recht.

Nach der letzten Insolvenzrechtreform, die in vielen Punkten eher ein Reförmchen war, wird es zu deutlicheren Veränderungen kommen. Die Richtlinie hat auf den ersten Blick nur die Restrukturierung von Unternehmen zum Ziel, wird aber auch das jetzige Verbraucherinsolvenzverfahren sicher nicht unverändert lassen. Am augenfälligsten wird dies wahrscheinlich bei der Frist bis zu einer Erteilung der Restschuldbefreiung werden.

Aus der Schuldnerberatung wissen wir aber nur zu genau, dass eine funktionierende Restrukturierung nicht nur die technischen Abläufe mit Plänen, Quoten und Zahlen braucht. Es braucht vor allem eins: gute Beratung und Begleitung! Leider wird dieser Gesichtspunkt in den Verhandlungen um die Umsetzung wohl eher hinter den Fragen nach der Laufzeit, den Ausnahmen der Laufzeit, der Einordnung der Forderungen und vielen sonstigen Punkten verschwinden. Gerade kleine Unternehmen und Unternehmer scheitern aber oft an fehlenden Kenntnissen bei der Krankenversicherung, den Steuern, der Altersvorsorge, einer falschen Selbsteinschätzung und einer Überforderung. Nur ein früherer Schuldenschnitt ohne Änderung des Verhaltens wird daran nichts ändern. Eine wirtschaftlich sinnvolle und nachhaltige Restrukturierung braucht eine gute Beratung – bei Unternehmern wie bei Verbrauchern.

Schuldnerberatung ist vielseitig, vielschichtig, bunt und immer wieder neu. Das spiegelt sich auch in diesem Newsletter wider.

Ihr Redaktionsteam Infodienst Schuldnerberatung

Aktuelles

Neue Pfändungstabelle im Bundesgesetzblatt veröffentlicht

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/neue-pfaendungstabelle-im-bundesgesetzblatt-veroeffentlicht/>

Turnusgemäß erfolgt zum 01.07.2019 eine Anpassung der Pfändungstabelle nach [§ 850c Absatz 2 Satz 2 ZPO](#). Die entsprechende Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung des Bundesjustizministeriums wurde im Bundesgesetzblatt veröffentlicht (BGBl. I vom 11.04.2019, 443ff.)

Neue P-Konto Bescheinigung ab sofort abrufbar

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/neue-p-konto-bescheinigung-ab-sofort-abrufbar/>

Mit der Anhebung der [Pfändungsfreigrenzen zum 01.07.2019](#) ist auch eine Anpassung der P-Konto-Bescheinigung nötig.

Bundesgerichtshof: Für Massenkassos können nur Kosten in Höhe einer 0,3-fachen Rechtsanwaltsgebühr verlangt werden

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/bundesgerichtshof-fuer-masseninkasso-koennen-nur-kosten-in-hoehe-einer-03-fachen-rechtsanwaltsgebuehr-verlangt-werden/>

Der 4. Strafrechtssenat des BGH hat sich in einem Revisionsurteil zur Frage einer möglichen Betrugs-Strafbarkeit sehr ausführlich und differenziert mit verschiedenen Aspekten der Inkassotätigkeit beschäftigt, unter anderem zur Höhe der angemessenen Kosten für die übliche Forderungsbeitreibung im standardisierten Massenverfahren durch (Massenkassos)Rechtsanwälten und Inkassounternehmen. ([Urteil vom 14.03.2019, 4 StR 426/18](#))

Arbeitshilfen

Gekündigte Verbraucherdarlehen verjähren schon nach drei Jahren und nicht nach 10 Jahren!? (Ergänzung)

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/gekuendigte-verbraucherdarlehen-verjaehren-schon-nach-drei-jahren-und-nicht-nach-10-jahren/>

Die LAG Schuldnerberatung Hamburg e.V. meldet, dass nun auch das Landgericht Bremen wie zuvor schon das LG München I (allerdings wurde das Urteil im Berufungsverfahren aufgehoben) und LG Hamburg am 1.4.2019 (Az. 2 O 1604/18) entschieden hat, dass Verbraucherdarlehen, die durch den Darlehensgeber gekündigt werden, in drei Jahren nach §§ 195, 199 BGB verjähren. Die zehnjährige Verjährungsfrist nach § 497 Abs. 3 S. 3 BGB sei auf gekündigte Verbraucherdarlehen nicht anzuwenden. Die Entscheidung war zu Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht rechtskräftig. Es ist nicht bekannt, ob Berufung eingelegt wurde.

Was bringen Ratenzahlungen wirklich? – Ein Kurzbericht aus der Praxis

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/was-bringen-ratenzahlungen-wirklich/>

Was bringen Ratenzahlungen wirklich? In diesem Artikel wird beispielhaft dargestellt, dass Ratenzahlungen oft Mehrkosten verursachen und die eigentlichen Ziele der Klient*innen nicht erreicht werden.

InkassoWatch

Die Story im Ersten: Milliardengeschäft Inkasso

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/die-story-im-ersten-milliardengeschaeft-inkasso/>

Im Rahmen des Formats "Die Story im Ersten" hat eine Dokumentation die Machenschaften von Inkassounternehmen unter die Lupe genommen.

Bundesjustizministerin kündigt gesetzliche Regelungen zur Vermeidung von Inkassokostenfallen an

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/bundesjustizministerin-kuendigt-gesetzliche-regelungen-zur-vermeidung-von-inkassokostenfallen-an/>

Der AK Inkassowatch meldet auf seiner Homepage: In einem Eckpunktepapier "Schutz vor Kostenfallen", dass das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz anlässlich des Weltverbrauchertages veröffentlicht hat, kündigt Bundesjustizministerin Katarina Barley ein gesetzliches Maßnahmenpaket zur Vermeidung verschiedener "Kostenfallen" für Verbraucher an. Unter anderem sollen zukünftig gesetzliche Regelungen "Inkassofallen" vermeiden helfen.

Bund Deutscher Inkassounternehmen verabschiedet Entwurf eines „Code of Conduct“

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/bund-deutscher-inkassounternehmen-verabschiedet-entwurf-eines-code-of-conduct/>

Auf der Mitgliederversammlung des Bundes Deutscher Inkassounternehmen in Berlin wurde in einer Presseerklärung vermeldet, dass „mit großer Mehrheit“ ein erster Entwurf eines „Code of Conduct“ verabschiedet [wurde], der einen „fairen Interessenausgleich und ... die Interessen und Rechte von Gläubigern und Verbrauchern in Einklang [bringen soll]“.

Auf ein Neues: UGV-Verantwortliche auf der Anklagebank

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/auf-ein-neues-ugv-verantwortliche-auf-der-anklagebank/>

Geschlagene fünf Jahre, nachdem im August 2015 das Pfälzer Oberlandesgericht der Nichtzulassungsbeschwerde der Frankenthaler Staatsanwaltschaft stattgegeben hat, wurde nun der Prozess gegen drei Verantwortliche der UGV-Inkasso und zwei mit ihnen kooperierenden Rechtsanwälten vor dem Landgericht Frankenthale eröffnet.

Verbraucherinsolvenzrecht

EU-Richtlinie zur Restrukturierung und Insolvenz veröffentlicht (ergänzte Fassung!)

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/eu-richtlinie-zur-restrukturierung-und-insolvenz-veroeffentlicht/>

Die Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates zur „Restrukturierung und Insolvenz“ vom 20.06.2019 wurde im Amtsblatt der Europäischen Union am 26. Juni 2019 veröffentlicht. Ab jetzt läuft nun die zweijährige Frist, innerhalb derer die EU-Mitgliedsländer diese Richtlinie in nationales Recht umsetzen müssen.

Praxisthema

Statistisches Bundesamt zu Insolvenzverfahren natürlicher Personen bis 2017: Restschuld in 84,7 % der Fälle erlassen

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/statistisches-bundesamt-zu-insolvenzverfahren-natuerlicher-personen/>

Die LAG Schuldnerberatung Hamburg e.V. berichtet auf Ihrer Homepage: Das Statistische Bundesamt meldet: " Von den 142.086 im Jahr 2010 eröffneten Insolvenzverfahren natürlicher Personen in Deutschland haben die Gerichte bis zum Jahresende 2017 in 84,7 % der Fälle (120.403) die Schuldner von ihrer Restschuld befreit.

Eine schuldner- und resozialisierungsfreundliche Leitentscheidung zum „Absehen von der Vollstreckung“ nach § 495g Abs. 5 StPO

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/eine-schuldner-und-resozialisierungsfreundliche-leitentscheidung/>

Beschluss des Landgericht Stuttgart vom 04.12.2018, Aktenzeichen 8 KIs 230 Js 41625/17 bezüglich des „Absehens von der Vollstreckung“

Rechts- und Sozialpolitik

Deutscher Insolvenzrechtstag fordert zügige Umsetzung der EU-Entscheidung zur Restschuldbefreiung bei Privatinsolvenzen

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/deutscher-insolvenzrechtstag-fordert-zuegige-umsetzung-der-eu-entscheidung-zur-restschuldbefreiung-bei-privatinsolvenzen/>

Die Arbeitsgemeinschaft Insolvenzrecht und Sanierung im Deutschen Anwaltverein (DAV) fordert eine rasche Umsetzung der jüngsten EU-Entscheidung, die Laufzeit von Privatinsolvenzen auf drei Jahre zu verkürzen. Auf dem 16. Deutschen Insolvenzrechtstag betonte sie die Notwendigkeit, die deutschen Restschuldbefreiungsregeln nun zügig den europäischen Vorgaben anzupassen.

Zivil-/Vollstreckungsrecht

Vollstreckung angeordneter Ordnungshaft durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht gehindert

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/vollstreckung-angeordneter-ordnungshaft/>

Das SFZ berichtet auf seiner Homepage: Wurde vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens ersatzweise Ordnungshaft angeordnet, ist diese auch nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens weiterhin vollstreckbar.

Prävention

Präventionsnetzwerk Finanzkompetenz: „Finanzielle Bildung tut not!“- Fachtag 2019

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/praeventionsnetzwerk-finanzkompetenz-finanzielle-bildung-tut-not-fachtag-2019/>

Die finanzielle Bildung in Deutschland hat derzeit, trotz zahlreicher guter Ansätze, immer noch einen geringen Stellenwert. Da wundert es nicht, wenn internationale Vergleichsstudien zeigen, wie schlecht es um die finanzielle Bildung in Deutschland bestellt ist.

Für die Mitglieder des Präventionsnetzwerkes Finanzkompetenz stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie hoch eigentlich der tatsächliche Bedarf an nachhaltiger finanzieller Bildung in Deutschland ist, und wer für die bedarfsdeckende "Versorgung" letztlich verantwortlich ist?

Infos

Stellenausschreibung Schuldnerberatung Stuttgart

https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/_1_vorlage_fuer_beitrag-immer-erst-duplizieren-11-17/

Die Zentrale Schuldnerberatung Stuttgart besetzt eine Schuldnerberatungsstelle neu.

Neue digitale Kreditformen erhöhen das Überschuldungsrisiko

<https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/neue-digitale-kreditformen-erhoehen-das-ueberschuldungsrisiko/>

Mit der zunehmenden Digitalisierung im Finanzdienstleistungsgeschäft erhöhen sich auch die Risiken der Überschuldung für Kunden digital vergebener Kredite. Zu diesem Ergebnis kommen mehrere Studien bzw. Untersuchungen des Instituts für Finanzdienstleistungen.

Grundkurs Schuldnerberatung

https://www.infodienst-schuldnerberatung.de/1_vorlage_fuer_beitrag-immer-erst-duplizieren-11-15/

Der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg bietet wieder einen Grundkurs Schuldnerberatung in 5 Modulen an, Laufzeit September 2019 – März 2020.

Anmeldeschluss: 6. August 2019